Stad	lt	Mon	scl	าลน
Die Bi	ürç	germe	eiste	rin



Monschau, den 11.08.2015 Sabine Carl Akz:

Beschlussvorlage	

Beratungsfolge	Sitzungstermin	ТОР
Bau- und Planungsausschuss	25.08.2015	3
Rat	01.09.2015	

Erlass einer Satzung über Werbeanlagen im Bereich der Trierer Straße Imgenbroich

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt

a) die als Anlage beigefügte Satzung über Werbeanlagen im Bereich der Trierer Straße im Ortsteil Imgenbroich gem. § 86 Abs.1 BauO NRW.

Gremium	Sitzung am							
		Ein- stimmig	Mit Stimmen mehrheit	Ja	Nein	Enth.	Lt. Beschluss- vorschlag	Abweichender Beschluss (Rücks.)

A. SACHVERHALT

Ziel der Satzung ist die Erhaltung der Ortsbildqualität im Bereich der Trierer Straße im Ortsteil Imgenbroich. Zum Schutz des Ortsbildes im Bereich dieser dörflich geprägten Hauptdurchgangsstraße sollen an Werbeanlagen und den öffentlichen Straßenraum besondere gestalterische Anforderungen gestellt werden.

Innerhalb des Geltungsbereiches der Werbesatzung sollen entsprechende Regelungen bezüglich der Werbeanlagen hinsichtlich ihrer Anzahl, Größe und – zur Klarstellung - deren Beschränkung auf die Stätte der Leistung getroffen werden, um in dieser Weise einer möglichen, städtebaulich nicht vertretbaren Entwicklung entgegenzuwirken. Zudem wird eine störende Häufung von Werbeanlagen mit der Beschränkung auf die Stätte der Leistung vermieden. Die Satzung lehnt sich dabei an die bereits beschlossenen Satzungen über Werbeanlagen für die Bereiche der Satzungen für Werbeanlagen im Bereich Trierer Straße in Imgenbroich und Konzen an. Sie trifft jedoch gegenüber den Gewerbegebieten aufgrund der dörflich geprägten Strukturen andere Regelungen hinsichtlich Anzahl und Größe der Werbeanlagen.

Für den Bereich des Gebietes für Einzelhandel im Ortszentrum Imgenbroich wird noch eine gesonderte Satzung erarbeitet, um hier der vorhandenen Einzelhandelssituation gerecht zu werden.

Verwaltungsseitig wird daher vorgeschlagen, die beigefügte Satzung über Werbeanlagen im Bereich der Trierer Straße Imgenbroich gem. § 86 BauO NW zu beschließen.

B. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

Keine. Die städtebaulichen Leistungen werden verwaltungsseitig erbracht.

C. RECHTSLAGE

Gem. § 15 Ziffer 6.3 der Hauptsatzung der Stadt Monschau berät der Bau- und Planungsausschuss über die Entscheidungen des Rates in allen Angelegenheiten der Stadtentwicklungs-, Dorfentwicklungs-, Gebietsentwicklungs- und Landesentwicklungsplanung (soweit das Mittelzentrum Monschau hiervon betroffen ist) sowie für Fachplanungen, Landschaftsplan, Wasserschutzzonen pp. vor.

Gem. § 15 Ziffer 6.7 der Hauptsatzung der Stadt Monschau fasst der Bau- und Planungsausschuss in eigener Zuständigkeit die verfahrensleitenden Beschlüsse zur Aufstellung oder Offenlage von Bauleitplänen bzw. verfahrensleitende Beschlüsse zu sonstigen Satzungen aufgrund der Bestimmungen des Baugesetzbuches. Bei allen sonstigen Entscheidungen der Gemeinden nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches, die nicht nach dem Gesetz in andere Zuständigkeiten fallen, Geschäfte der laufenden Verwaltung oder seine eigene Zuständigkeit gemäß Hauptsatzung sind, bereitet der Bau- und Planungsausschuss die Beschlüsse des Rates vor.

Gem. § 10 der Hauptsatzung in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Buchstabe f) GO NRW obliegt dem Rat die Alleinzuständigkeit für den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen oder sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

/ Oller 13/8/18

Ritte

Anlagen:

Entwurf der Werbesatzung Trierer Straße Imgenbroich



SATZUNG ÜBER WERBEANLAGEN IM BEREICH TRIERER STRASSE IMGENBROICH im Stadtgebiet Monschau

gemäß § 86 Abs. 1 BauO NRW vom

Aufgrund des § 86 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 84 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 3, § 65 Abs. 1 Nr. 33 bis 36 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Neufassung vom 01.03.2000, in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) vom 14.07.1994, jeweils in der derzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Monschau in seiner Sitzung am ______ diese Satzung beschlossen:

§ 1 Ziel der Satzung

Ziel der Satzung ist die Erhaltung der Ortsbildqualität im Bereich der Trierer Straße in Imgenbroich im Stadtgebiet Monschau. Zum Schutz des Ortsbildes im Bereich der Durchgangsstraße werden an Werbeanlagen und den öffentlichen Straßenraum besondere gestalterische Anforderungen gestellt. Insbesondere soll die Zulässigkeit von Werbeanlagen auf die Stätte der Leistung begrenzt werden.

§ 2 Geltungsbereich

Die Vorschriften dieser Satzung gelten für das Errichten, Aufstellen, Anbringen und Ändern von Werbeanlagen im räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung. Der räumliche Geltungsbereich besteht im Wesentlichen aus dem Straßenraum sowie den Gebäudefassaden und Freiflächen der Grundstücke der Straßen Trierer Straße ab Nr. 266 bis Nr. 306 und Nr. 205 bis 259, Karweg 56 bis 58, Grünentalstraße 2 bis 8 und 1 bis 17, Erlenweg 2 bis 8, Matthias-Offermann-Straße 1 sowie der dazwischen liegenden unbebauten Grundstücke. Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus der Kartengrundlage in Anlage 2, die Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3 Begriffe

(1) Zeitlich begrenzte oder vorübergehende Werbeanlagen

Als zeitlich begrenzte oder vorübergehende Werbeanlagen gelten solche Anlagen, die längstens 24 Werktage in Folge oder im Rahmen einer Sonderveranstaltung, insgesamt jedoch nicht länger als 90 Tage im Jahr aufgestellt bzw. aufgehängt werden.

(2) Hintergrund von Werbeträgern und Einzelbuchstaben

Sofern die Hintergrundfläche von Werbeträgern und Einzelbuchstaben nicht der Architektur zuzurechnen ist, sondern vor allem dazu bestimmt ist, die Werbeanlage optisch hervorzuheben oder zu tragen, so darf diese Fläche die höchstzulässige Ansichtsfläche für eine Werbeanlage nicht überschreiten. Sie ist auf die zulässige Gesamtumrissfläche aller Werbeanlagen hinzuzurechnen. Dies gilt auch für die farbliche Behandlung von Bauteilen oder Bauteilflächen.



(3) Schriftzüge

Als Schriftzüge gelten Flachtransparente mit Schrift- und/oder Zeichendarstellung, Einzelbuchstaben und Neonschriften sowie deren Hintergrundflächen, sofern sie nach Absatz 2 der Werbeanlage hinzuzurechnen sind.

(4) Flachtransparente

Flachtransparente sind aus Kunststoff bzw. Plexiglas oder sonstigen Materialien hergestellte Wannen oder Platten zur Aufnahme von werbenden Schriftzeichen oder Symbolen. Aussparungen in den Flachtransparenten in Form von Schriftzeichen und Symbolen sind aufgebrachten Schriftzeichen gleichzusetzen.

(5) Spannplakate

Für sonstige großformatige Werbeflächen wie beispielsweise Spannplakate, Spannpolster etc. aus Planen oder Stoff- oder Kunststoffbahnen gelten die gleichen Anforderungen nach dieser Satzung wie für Flachtransparente.

(6) Einzelbuchstaben

Die Fläche von Einzelbuchstaben errechnet sich aus der Summe der die einzelnen Buchstaben umfahrenden Rechtecke (s. Anlage 1 erläuternde Zeichnung).

§ 4 Allgemeine Anforderungen

- (1) Werbeanlagen, an und vor Gebäuden sind so zu gestalten bzw. anzubringen, dass sie sich nach Form, Größe, Gliederung, Material, Farbe und Anbringungsart einfügen in:
 - das Erscheinungsbild der baulichen Anlagen, mit denen sie verbunden sind,
 - das Erscheinungsbild der sie umgebenden baulichen Anlagen und
 - das Straßenbild.
- (2) Grundsätzlich dürfen Werbeanlagen nicht die architektonische Gliederung baulicher Anlagen bzw. die einheitliche Gestaltung stören. Die architektonische Gliederung wird durch vertikale und horizontale Elemente (wie Fenster, Brüstungsbänder, Pfeiler, Stützen, Giebeldreiecke, Traufen, obere Wandabschlüsse, Gebäudekanten, Lisenen, Säulen) bestimmt und darf nicht verdeckt oder verzerrt werden.
- (3) Werbeanlagen dürfen das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild nicht stören.
- (4) Werbeanlagen, die ihrer Zweckbestimmung nicht mehr dienen, da die zugehörige Stätte der Leistung aufgegeben wurde, sind einschließlich aller Befestigungsteile zu entfernen. Die sie tragenden Gebäudeteile sind in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen.

§ 5 Beleuchtung

- (1) Die Beleuchtung von Werbeanlagen muss blendfrei sein. Lauf-, Wechsel-, Blinklichtschaltungen und Anlagen ähnlicher Bauart und Wirkung sind nicht zulässig. Hierzu zählen Gegenlichtanlagen, Wendeanlagen, Leitlichtanlagen, Digitalbildanlagen, Bild- und Filmprojektionen, angestrahlte Werbeanlagen, deren Lichtfarbe und Lichtintensität wechselt sowie Werbeanlagen mit bewegtem Licht (Aufzählung nicht abschließend).
- (2) Unzulässig sind angestrahlte Werbeanlagen mit Ausnahme von weißlichem oder gelblichem Licht.



§ 6 Sonstige Werbeanlagen

(1) Werbung, die flächig auf Schaufenster aufgebracht wird, ist zulässig, sofern deren Gesamtfläche höchstens 50 Prozent der Schaufensterfläche beträgt. Die Fläche von Plakatanschlägen, wie z.B. Hinweise auf Sonderangebote, sind auf diese Gesamtfläche mit anzurechnen.

§ 7 Unzulässige Werbeanlagen

Unzulässig sind:

- Farbliche Rahmungen sowie das Gliedern oder flächige Abdecken der Schaufensterflächen durch Folienbeklebungen, Plakatierungen, Anstrich oder Ähnliches soweit § 7 Abs. 1 nichts anderes bestimmt.
- 2. Akustische und akustisch unterstützte Werbeanlagen.

§ 8 Anbringungsort

- (1) Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ausnahmsweise zulässig sind Hinweistafeln auch auf anderen Grundstücken, wenn Betriebe bzw. die Stätte der Leistung auf einem rückwärtigen Grundstück und nur über Stich- und Nebenstraßen erschlossen ist oder einem zurückliegenden Grundstücksteil gelegen ist.
- (2) Oberhalb der Trauflinie bzw. Attika sind Werbeanlagen ausnahmsweise zulässig, sofern sie nur aus den Buchstabenflächen ohne die sie umfahrenden Rechtecke bestehen.

§ 9 Größe und Ausladungen

- (1) Für Größe und Ausladungen von Werbeanlagen an Gebäuden gelten folgende Maßgaben:
 - 1. Selbstleuchtende oder hinterleuchtete Schriftzüge dürfen eine Höhe von 1,0 m nicht überschreiten, selbstleuchtende oder hinterleuchtete Schriftzüge in Form von Einzelbuchstaben oder einzelnen Symbolen dürfen eine Höhe von 1,0 m nicht überschreiten. Die Höhenbeschränkung der Schriftzüge kann ausnahmsweise für einen untergeordneten Teil der Werbeanlage, beispielsweise für einzelne Buchstaben oder für ein Symbol überschritten werden.
 - 2. Selbstleuchtende oder hinterleuchtete Flachtransparente dürfen eine Ansichtsfläche von 6,0 m² je Werbeanlage nicht überschreiten.
 - 3. Sonstige Schriftzüge dürfen eine Ansichtsfläche von 6,0 m² je Werbeanlage nicht überschreiten.
- (2) Winklig zur Gebäudefront anzubringende Werbeanlagen dürfen eine Ausladung von 1,50 Meter (inkl. Befestigung) nicht überschreiten. Flach auf die Fassade aufgebrachte Werbeanlagen dürfen maximal um das Maß der erforderlichen Konstruktionstiefe über die Gebäudekanten hinausgehen.



§ 10 Fahnen, Standtransparente, Hinweistafeln oder Pylone

- (1) Es ist eine Fahne bzw. 1 Fahnenmast oder ein Standtransparent oder eine Hinweistafel oder ein Pylon je angefangene 10,00 m Grundstücksgrenze zur öffentlichen Verkehrsfläche zulässig. Zur öffentlichen Verkehrsfläche müssen sie einen Abstand von 1,0 m einhalten. Auskragungen in die öffentliche Verkehrsfläche sind nicht zulässig.
- (2) Fahnenmasten dürfen dabei eine Höhe von 8,0 m nicht überschreiten, die Fahnen sind bis zu einer Größe von 6,0 m² zulässig.
- (3) Standtransparente, Pylone oder Hinweistafeln sind entweder als vertikale Elemente mit einer Höhe von bis zu 6,0 m und einer Breite von bis zu 3,0 m oder als horizontale Elemente mit einer Höhe von bis zu 2,0 m und einer Breite von bis zu 3,0 m zulässig. Die Gesamtansichtsfläche der Werbeanlage darf dabei 6,0 m² nicht überschreiten.
- (4) Auskragungen in die öffentliche Verkehrsfläche sind nicht zulässig.

§ 11 Werbeanlagen im öffentlichen Straßenraum oder im öffentlichen Interesse

Von dieser Satzung werden nicht erfasst:

Anlagen zur Information der Öffentlichkeit, insbesondere in Zusammenhang mit kirchlichen, kulturellen, sozialen, gesundheitlichen, sportlichen Veranstaltungen sowie Werbung politischer Parteien in Zusammenhang mit Wahlen, die nach Landesbauordnung NRW genehmigungsfrei sind.

Das Erfordernis einer bauordnungsrechtlichen Genehmigung bleibt unberührt.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Satzung genehmigungspflichtige Werbeanlage ohne Genehmigung errichtet, aufstellt, ändert oder anbringt, begeht eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 3 BauO NW, die mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden kann.

§ 13 Vorrang von Bebauungsplänen

Sofern Bebauungspläne besondere Regelungen zu Werbeanlagen festsetzen, kommt diesen der Vorrang vor den Regelungen dieser Satzung zu.

§ 14 In-Kraft-Treten

Diese Satzung trifft am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.



Satzung über Werbeanlagen im Bereich Trierer Straße Imgenbroich

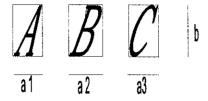
Monschau, den	
Margareta Ritter Bürgermeisterin	

Satzung über Werbeanlagen im Bereich Trierer Straße Imgenbroich

Anlage 1

Berechnung von Einzelbuchstaben (erläuternde Zeichnung zu § 3 Abs. 6): Berechnung der Gesamtfläche:

Gesamtfläche = $a1 \times b + a2 \times b + a3 \times b$



Satzung über Werbeanlagen im Bereich Trierer Straße Imgenbroich

